

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 95.

zu Nr. 159 des Hauptblattes.

1927.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brauke in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 15. Sitzung von Donnerstag, den 7. Juli 1927.)

Fortsetzung des Auszugs aus der Vorlage Nr. 24, eine Denkschrift über die Frauenklinik für den Südwesten Sachsens betr.

Bei sehr wesentlichen Einrichtungen, wie Küche, Wäscherei usw., würde eine Verquickung von staatlichem und städtischem Betriebe sicherlich nicht ohne Reibungen ablaufen und sich daher nicht empfehlen. Jedenfalls würden die Kosten des Betriebs erheblich höher werden als bei Errichtung der Frauenklinik in Verbindung mit dem Krankenhause in Zwickau.

Die Hochbaudirektion im Finanzministerium hat sich dahin ausgesprochen, daß vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus die Erweiterung der Zwickauer Krankenhause durch eine Frauenklinik mehr zu empfehlen sei als die Verbindung einer staatlichen Frauenklinik mit dem städtischen Krankenhaus in Plauen. Durch eine intensive Ausnutzung der Zwickauer maschinellen Anlagen werde die Wirtschaftlichkeit des technischen Betriebes dort gehoben werden, die Kosten für Wäschereinigung, Heizung und Elektrizität würden dadurch verhältnismäßig sinken. — Hingegen würden durch den Anschluß der staatlichen Frauenklinik an das Stadtkrankenhaus Plauen, abgesehen von Verwaltungsschwierigkeiten und der Notwendigkeit, ein Grundstück erst bereitzustellen, das in Zwickau gerade für diesen Zweck schon erworben ist, erhebliche Betriebsmehrkosten erwachsen, z. B. durch Übernahme eines Teils der Ausgaben für Bekleidung des technischen Personals in einer beide Anstalten versorgenden Heiz- und Kraftzentrale und durch die anteilige Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals für diese Zentrale. Die Kosten für Wäschereinigung, Heizung, Warmwasserversorgung und Elektrizität würden mindestens doppelt so hoch werden als in Zwickau.

Die Errichtung einer Frauenklinik mit 200 Betten würde nach einer rohen Schätzung der Hochbaudirektion im Finanzministerium in Verbindung mit dem Krankenhause Zwickau etwa 3 250 000 RM., in Verbindung mit dem städtischen Krankenhaus in Plauen aber 3 680 000 RM., also rund 430 000 RM. mehr erfordern. Bei der letzten Schätzung ist die Hochbaudirektion von der Annahme ausgegangen, daß

1. die Stadt Plauen das Baugelände unentgeltlich zur Verfügung stellt;
2. sie auf ihre Kosten bis an die Gebäude der Klinik heran die Leitungen für Wasser, Elektrizität und Gas sowie die Schloten legt und die Abwässer der Klinik ohne Klärung aufnimmt oder sehr spät;
3. Elektrizität, Gas und Wasser von der Stadt in der zum Betrieb der Klinik erforderlichen Menge bezogen werden können und besondere Anlagen vom Staate für diese Zwecke nicht herzustellen sind;
4. die Stadt die Wohnungen für das zum Betrieb der Klinik gehörige Kanzlei- und Betriebspersonal auf ihre Kosten beschafft.

Würden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so würde sich der Mehraufwand noch entsprechend erhöhen. — Auf die besonderen örtlichen Verhältnisse und auf die Bodenbeschaffenheit in Plauen ist bei dieser Schätzung noch nicht Rücksicht genommen worden, da sie sich noch nicht übersehen lassen.

Einer neu zu errichtenden Klinik etwa einen geringeren Umfang zu geben, als vorgesehen vorgesehen, kann nicht empfohlen werden. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß es unvorteilhaft ist, eine Anstalt nicht von vornherein den vollen zu erwartenden Bedürfnissen anzupassen, da dann spätere Erweiterungen unausbleiblich sind und die Anstalten, die auf diese Weise zur Entstehung kommen, im Endergebnis wesentlich teurer sind, als wenn sie von vornherein in dem entsprechenden Maße ausgeführt worden wären.

IV. Einzelne besondere Gesichtspunkte.

In dem Abänderungs- und Ergänzungsvertrag mit der Stadt Zwickau vom Jahre 1923 hat sich der Staat verpflichtet,

„wenn einmal die Errichtung einer staatlichen Frauenklinik und einer Akademie für praktische Medizin im Südwesten Sachsens in Frage kommen sollte, in erster Linie in Erwägung zu ziehen, ob diese Einrichtungen an das Krankenhause Zwickau angegliedert werden können.“

Wenn diese Zusage der Stadt Zwickau auch nicht einen Rechtsanspruch darauf gibt, daß die Frauenklinik in Zwickau errichtet wird, so wird der Staat sich doch insoweit für gebunden halten müssen, als er nicht ohne zwingende Gründe die Einlösung dieser Zusage wird verweigern können.

Es kommt ferner hinzu, daß das Krankenhause bei Errichtung der Klinik in Plauen auf absehbare Zeit ein Torso bleiben würde.

Das Krankenhause Zwickau hat sich auch zu einem bedeutsamen Mittelpunkt der ärztlichen Fortbildung entwickelt. Die Einrichtungen des Pathologischen Instituts, insbesondere die Sammlungen und der große Hörsaal, tragen dieser Tatsache Rechnung. Es ist unbedingt notwendig, daß das Gebiet der Gynäkologie, wie es von jeher geplant war, im Zusammenhange mit den Gebieten der Chirurgie und der inneren Krank-

heiten behandelt werden kann. Eine Zerreißung dieses Zusammenhanges, wie sie eintreten würde, wenn an das Krankenhause nicht auch eine Frauenklinik angegliedert werden würde, würde einen schweren Schaden für die ganze Einrichtung bedeuten.

Diesen Gesichtspunkten gegenüber kommt auf Seiten der Stadt Plauen nur die Tatsache in Betracht, daß die Stadt Zwickau durch das Krankenhause auch in seinem heutigen Umfange auf dem Gebiete der Krankenpflege bereits in außerordentlichem Maße entlastet ist, so daß der Wunsch der Stadt Plauen, nun auch eine derartige Entlastung zu erfahren, verständlich erscheint.

Die vorliegenden Darlegungen ergeben ein hartes Abwiegen der Gründe, die für Errichtung der Klinik in Verbindung mit dem Krankenhause Zwickau sprechen. Nach diesem Ergebnis kann die Regierung nur vorschlagen,

die von dem Landtag in den Haushaltsplan für 1927 als ersten Teilbetrag zur Errichtung einer staatlichen Frauenklinik für den Südwesten Sachsens bereits eingestellten 500 000 RM. als ersten Teilbetrag zur Errichtung einer staatlichen Frauenklinik in Verbindung mit dem Krankenhause Zwickau zu verwenden.

Es wird gegen den Einspruch des Abg. Entlerlein (Dnat.) beschlossen, die Vorlage in Schlussberatung zu nehmen.

Abg. Müller (Chemnitz — Altsoj.): Die Denkschrift der Regierung macht auch uns die Entscheidung nicht leicht, wozu die Frauenklinik kommen soll, denn die Denkschrift beweist, daß wir mit einer Frauenklinik in Zwickau nicht auskommen, sondern noch eine Frauenklinik brauchen. Um aber die Sache wenigstens in Fluss zu bringen, damit mit dem Bau in Zwickau begonnen werden kann, stimmen wir heute für die Vorlage der Regierung. Ich möchte dazu bemerken, daß der Antrag Arzt, der noch vorliegt, unsere Zustimmung auch findet. Es ist unser Wunsch, daß die Regierung Vorbereitungen trifft, daß im nächsten Jahre bereits die erste Bauphase für eine weitere Frauenklinik in Plauen eingeleitet wird. Wir verheißten jetzt schon, daß, wenn das nicht für das nächste Jahr in den Etat eingestellt wird, wir es dann beantragen.

Abg. Frau Thümmel (Soj.): Die Vorlage Nr. 24 ist die Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 15. März. Wenn damals die Abgeordneten, die unserem Antrag widersprochen haben, etwas weitsichtiger gewesen wären, könnte jetzt schon mit dem Bau einer Frauenklinik in Zwickau angefangen worden sein. (Sehr richtig! b. d. Soj.) Nun ist die Frage glücklich drei Monate verschleppt worden, ohne daß man zu einem anderen Ergebnisse geführt worden wäre.

Aus der Denkschrift ist zu entnehmen, daß die Bewerbungen für die Errichtung einer Frauenklinik für beide Städte etwas für sich haben. Beide Bezirke haben eine starke weibliche Bevölkerung. Aus der Denkschrift ist aber auch zu entnehmen, daß Zwickau in der Mehrzahl ist. Zwickau hat im Verhältnis zu Plauen eine überwiegend weibliche Bevölkerung, hauptsächlich sehr viele Frauen, die im Erwerbsleben stehen. Für Zwickau könnte noch geltend gemacht werden, daß dort sehr viele Bergarbeiterfrauen wohnen, die nach unserem Dafürhalten ohne weiteres den erwerbstätigen Frauen gleichzustellen sind wegen der Art ihrer Lebenshaltung und Lebensführung, indem sie gestungen sind, sehr oft in der Nacht aufzuwachen, die Nachtruhe zu unterbrechen, wenn der Mann in die Schicht gehen muß oder von der Schicht zurückkehrt. Diese Lebensbedingungen bringen es mit sich, daß diese Frauen sehr oft zu Erkrankungen neigen. Dazu kommt die schlechte Entlohnung der Bergarbeiter, die allen bekannt ist, und der dadurch entstehende Zwang, etwas durch Heimarbeit usw. mit zu verdienen. Wir haben schon bei der Behandlung dieses Kapitels am 15. März betont, daß wir uns nicht etwa aus besonderer Neigung für Zwickau gerade für den Bau in Zwickau einsehen, sondern uns kam es darauf an, die Frage aus dem Stadium der Ungeklärtheit einmal herauszubringen und sie zu einem Ende zu bringen. Unserer Meinung nach ist sie schon viel zu lange verzögert worden. Wenn wir also diese Notwendigkeit einsehen und dafür eintreten, daß mit dem Bau in Zwickau begonnen wird, so sind damit die berechtigten Forderungen von Plauen für uns durchaus nicht erledigt. Wir sehen durchaus ein, daß auch Plauen ein gewisses Anrecht hat und gute Gründe dafür geltend machen kann, daß auch Plauen eine Frauenklinik bekommt. (Sehr richtig! b. d. Soj.) Wir sind im allgemeinen der Meinung, daß die heutigen Lebensverhältnisse der breiten Masse, die Wohnungsnot, das Wohnungsbedürfnis darauf drängen, mehr Entbindungsanstalten zu schaffen als zur Verfügung stehen. (Sehr richtig! b. d. Soj.) Es leuchtet jedem ein, daß eine Entbindung in einer Klinik hygienisch einwandfreier durchgeführt werden kann und für die Frauen in gesundheitlicher Beziehung vorteilhafter ist als in einer überfüllten Privatwohnung. Deshalb haben wir einen Entschließungsantrag vorgelegt, dahingehend,

der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, Vorbereitungen zu treffen, daß unbeschadet der Errichtung einer Frauenklinik in Zwickau auch der Bau einer Frauenklinik in Plauen bald ermöglicht wird.

Durch die Annahme der Vorlage Nr. 24 und dieses

Entschließungsantrages wird den berechtigten Forderungen beider Städte und Bezirke und ihrer Bevölkerung entgegengekommen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Schminke (Komm.): Bei der Behandlung der Frage, ob die Frauenklinik in Plauen oder Zwickau errichtet werden soll, hat sich die Kommunistische Fraktion zuerst auf den Standpunkt gestellt, daß die Frauenklinik in Plauen errichtet werden solle. Wenn man sich nun aber vorstellt, daß zurzeit der Andrang der Kranken zu den Krankenhäusern außerordentlich groß ist — ich weise darauf hin, daß der Andrang bei der Heil- und Pflegeanstalt Sachsen 1926 so groß gewesen ist, daß man daran gedacht hat, eine neue Heil- und Pflegeanstalt zu bauen, wenn man sich also vorstellt, daß bei den schlechten Wohnungsverhältnissen es häufig nur möglich ist, daß eine Entbindung in dem einen Zimmer stattfindet, wo die Familie zusammen wohnt, wo die Großeltern, Eltern und Kinder sind, so erkennt man die bringende Notwendigkeit, Krankbetten zu schaffen.

Die Vorlage der Regierung bringt die verschiedenen Gründe dafür, daß es zweckmäßig wäre, sie in Zwickau zu errichten. Unter anderem bringt sie eine Statistik über die Bevölkerungs- und Verkehrsverhältnisse. Aber diese Statistik kann man sehr geteilter Meinung sein. Man kann eine ähnliche Statistik auch für Plauen aufstellen, je nachdem man die Zahlen benutzt. Darüber will ich hinweggehen.

Was die klimatischen Verhältnisse anlangt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Verhältnisse in Plauen besser sind als in dem kühlenverrückten Zwickau, wenn auch angegeben ist, daß das Krankenhause sehr günstig auf einer Höhe in Zwickau liegt. Aber was für Zwickau spricht, ist der Umstand, daß im Zwickauer Krankenhause schon alle die Einrichtungen technischer Art vorhanden sind für den Ausbau für 200 Betten, wie ihn die Frauenklinik notwendig macht, so daß mit dem Ausbau der Frauenklinik in Zwickau ein geschlossenes Ganze dort geschaffen würde. Aber das Wichtigste für uns ist, daß das Moment, daß so schnell wie möglich diese 200 Betten für die Frauen in Westfalen geschaffen werden. Wir sehen darin, daß die Regierung, wie sie in der Denkschrift zugibt, vertraglich schon gebunden ist mit Zwickau, daß es große Schwierigkeiten machen würde, wenn wir jetzt für Plauen stimmten und eine Mehrheit für Plauen im Landtage vorhanden wäre, denn dann würde wahrscheinlich dieser Bau einer Frauenklinik wieder verzögert werden, während, wenn wir für Zwickau eine Mehrheit haben, die Regierung sofort den Bau der Frauenklinik in Angriff nehmen würde und somit die Not der Frauen, die unbedingt einer Krankenhausbehandlung bedürfen, gelindert würde. Wir stimmen deshalb in diesem Falle für Zwickau, sind aber der Meinung, daß in Plauen auch unbedingt im nächsten Jahre eine Frauenklinik errichtet werden muß. Die Regierung hat ja immer erklärt, daß sie nicht dazu da wäre, für Krankenhäuser zu sorgen, sondern daß für Errichtung von Krankenhäusern die Kommunen oder die Kommunalverbände da wären. Aber ich meine, in bezug auf Errichtung von Betten für gebärende und kranke Frauen hat doch die Regierung infolgedessen ein Interesse, als ja die Gesundheit der Frauen und damit auch die Gesundheit der heranwachsenden Kinder doch ein wesentliches und wichtiges Moment ist für die Volksgesundheit überhaupt, und so hoffe ich, daß im nächsten Jahre der Landtag Mittel zur Verfügung stellen wird, daß auch die Stadt Plauen und somit das obere Vogtland eine Frauenklinik erhält. (Bravo! b. d. Komm.)

Abg. Dr. Eberle (Dnat.): Ich kann für meine Person die vorgeschlagene Lösung nicht als glücklich ansehen. Während der Landtag in seiner Mehrheit die Notwendigkeit einer Klinik in Plauen bejaht, ist heute morgen im Ausschuss darauf hingewiesen worden, daß der Aufwand, der jetzt für Zwickau mit reichlich 3 Millionen gemacht werden soll, wahrscheinlich verhindern würde, daß eine ähnliche Anstalt in Plauen errichtet wird. Wenn man die geographische Lage des Landes ansieht, so ist klar und eindeutig, daß durch die günstigen Verkehrsverhältnisse von Zwickau nach Chemnitz für die äußerste Not in Zwickau bereits heute gesorgt ist. Wenn nun in Zwickau aus den Gründen der Linken mit höchster Dringlichkeit geholfen werden soll, so darf man nicht vergessen, daß die Dringlichkeit in Plauen eine größere ist als in Zwickau, um so mehr, als einwandfrei festgestellt worden ist, daß die Krankenversorgungsverhältnisse im allgemeinen in Plauen zu wünschen übrig lassen. Es wäre, wenn man nicht sicher ist, daß Plauen im nächsten Jahre eine ebensolche Klinik bekommt, nach meiner Meinung richtiger gewesen, wenn man von den 3 1/2 Millionen eine halbe Million nach Chemnitz abgezweigt hätte, um damit dort 50 Betten zu erstellen, und mit dem Rest in Plauen eine Klinik errichtet hätte. Ich weiß, daß dem allerlei Pläne, die in der zuständigen Verwaltung im Ministerium vorhanden sind, entgegenstehen, aber über die Pläne hinweg muß doch eine richtige, das ganze Land befriedigende Lösung erfolgen, und so lange ich nicht dessen sicher bin, daß Plauen zu seinem Rechte kommt und der Antrag der Linken verworfen wird, Vorbereitungen zu treffen, daß unbeschadet der Errichtung einer Frauenklinik in Zwickau auch der Bau einer Frauenklinik in Plauen bald ermöglicht wird, ist für mich ein Wechsel auf die Zukunft, von dem ich nicht weiß, ob wir die finanzielle Kraft haben, ihn ein-